



Innenausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

13. Oktober 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung (s. Anlage)

5

Der Ausschuss folgt der Bitte der CDU-Fraktion, auf den von ihr beantragten Bericht der Landesregierung, vorgesehen unter TOP 5, Überschrift:

Entlassung eines muslimischen Zeitsoldaten aus der Bundeswehr – Erkenntnisse über mögliche Verstrickungen in die islamistische Szene

zu verzichten.

Der Ausschuss folgt ferner der Bitte der Fraktion Die Linke, die abschließende Beratung und Abstimmung des unter Nr. 3 vorgesehenen Punktes

Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1907 – Neudruck

auf die nächste Sitzung zu vertagen, um der Kommunikation zwischen den Fraktionen noch eine Chance zu eröffnen.

Unterrichtung durch die Landesregierung

6

hier: **Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales anlässlich der Berichterstattung in der Presse zum Einsatz von Telekommunikationsüberwachungssoftware** (s. Anlage)

Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales

Bericht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (OWG NRW)

18

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2852

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen auf eine Anhörung. Die weiteren Details sollen im Obleutegespräch am Rande des nächsten Plenums geklärt werden.

2 Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

19

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1188

(s. a. Ausschussprotokoll 15/265)

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3000

Diskussion

Der Antrag Drucksache 15/1188 wird abgelehnt.

Die Einzelabstimmung zu den Unterpunkten des Entschließungsantrags ist dem Diskussionsprotokoll zu entnehmen.

Der Entschließungsantrag Drucksache 15/3000 wird angenommen.

**3 Unsere Polizeibeamten schützen -
Auch linksextremistische Gewalt muss entschieden bekämpft
werden** **25**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2861

(Diskussion über die Abstimmung zu TOP 2)

**3 Unsere Polizeibeamten schützen -
Auch linksextremistische Gewalt muss entschieden bekämpft
werden** **28**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2861

Vorsitzende Monika Düker stellt fest: Der Ausschuss wird den Antrag nach Eingang des Votums des mitberatenden Ausschusses abschließend beraten und darüber abstimmen.

4 Verschiedenes **29**
hier: **Auswärtige Sitzung in Brühl am 1. Dezember um 14 Uhr** **29**

Dem Vorschlag der Vorsitzenden, in dieser Sitzung in Fraktionsstärke abzustimmen, wird aus dem Ausschuss nicht widersprochen.

* * *